

per fax ✓

Die Liberalen im Stadtrat der Stadt Nürnberg



AG Die Bunten, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

GhA u. Integrationsk.

OBERBÜRGERMEISTER	
07. AUG. 2012	
Nr.	
III	1 Zur Kts.
	2 <input checked="" type="checkbox"/> ANW.
	3
	4 Antwort vor Aussendung vorlegen
	5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Kopie: MRB, Ref. IV/KaF

Nürnberg, 6. August 2012

Gründung und Aufbau eines Traumakompetenzzentrums in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Zahl psychisch erkrankter und speziell traumatherapeutisch behandlungsbedürftiger Kinder, Jugendlicher und Erwachsener unter der einheimischen Bevölkerung nimmt in Nürnberg kontinuierlich zu. So werden jährlich allein 160 000 Kinder Zeugen schwer verstümmelnder und tödlicher Verkehrsunfälle, sind Opfer sexuellen Missbrauchs und Misshandlung mit Dunkelziffern, die vor Beginn der Aufarbeitung dieser Thematik an den bundesweiten „runden Tischen“ der vergangenen Jahre jenseits aller bisherigen Vorstellungen lagen.

Ebenso wächst die Anzahl schwersttraumatisierter Flüchtlinge im Kindes- und Jugendalter, die Nürnberg erreichen. Im ersten Quartal 2012 wurden bereits 12 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) in der Ambulanz der Kinder-/Jugendpsychiatrischen Klinik angemeldet. Bei allen besteht ein eindeutiger und hoher Therapiebedarf bei meist stark ausgeprägter Therapiemotivation.

Die therapeutische Versorgungslage ist jedoch erschreckend. Die Kinder- /Jugendpsychiatrische Klinik verfügt lediglich über eine einzige in Kinder- und Jugendpsychotraumathepie spezifisch weitergebildete Fachkraft. Für den gesamten städtischen Bereich der Metropolregion Nürnberg stehen derzeit nur 6 von der Deutschsprachigen Gesellschaft für Psychotraumatologie zertifizierte Psychotraumatheapeuten zur Verfügung. Die Wartezeiten für einheimische Patienten auf einen Behandlungsplatz gehen in die Monate und nähern sich der Jahresgrenze. Von den niedergelassenen Fachleuten erklärt sich so gut wie niemand bereit, einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling in Therapie zu nehmen, da die ambulanten Versorgungsstrukturen im Bereich der individuellen Therapiepraxen den hohen organisatorischen Aufwand, das Sprachproblem, die ständige Bedrohung durch vorzeitige Abschiebung und die Fülle von sozialtherapeutischen Folgeproblemen wie Wohnunterkunftsfragen und Betreuungsregelungen nicht zu handhaben erlauben. Ebenso ist das kinder- und jugendpsychiatrische Behandlungsangebot für umF, welche die deutsche Sprache nicht beherrschen, völlig unzureichend und in jedem Falle nicht der Schwere der psychiatrischen Störung angemessen, zumal häufig (notgedrungen) ein Großteil von psychosozialen Belastungen nicht „zur Sprache“ kommt. Ein organisiertes Dolmetschernetz besteht nicht.

Die Jugendlichen kommen häufig aus Kriegs- oder Krisengebieten, haben ihre Familie verlassen oder verloren und weitere traumatisierende Erfahrungen gemacht. Zunehmend handelt es sich

um minderjährige Flüchtlinge aus islamischen Bürgerkriegsländern, davon um einen hohen Anteil von Mädchen von 15-17 Jahren. Diese Mädchen wurden zum Teil durch genitale Verstümmelung in ihrer Kindheit traumatisiert, durch das Entsetzen von Massaker, Krieg, Verfolgung und den Verlust von Angehörigen und nicht zuletzt durch körperliche Gewalt auf der Flucht. Erneute oder schwere initiale Traumatisierungen erfolgen häufig auch in den Schengen-Ankunftsländern, in die die Flüchtlinge oft wieder abgeschoben werden sollen. Da fast allen der jugendlichen Schwersttraumatisierten mit dem 18. Lebensjahr die Abschiebung droht, setzt eine fortgesetzte Traumatisierung ein, die eine ungestörte und effiziente Durchführung der Therapien unmöglich oder erreichte Therapieerfolge durch die existentielle Bedrohung der Rückabschiebung wieder zunichte macht.

Klinische Fachleute bringen in vertraulichen Schreiben zum Ausdruck, dass sie einen kaum noch zu verantwortenden und durchweg bestehenden Notstand hinsichtlich einer angemessenen und qualitativ guten Versorgung gerade von traumatisierten Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund hinzunehmen haben und stellen fest, dass sowohl auf Seiten der Behandlungseinrichtungen wie der Betroffenen teilweise bereits jenseits der Grenze der Belastbarkeit und Zumutbarkeit gearbeitet wird.

Die psychische Situation minderjähriger Flüchtlinge gibt daher Anlass zum Handeln, aus fachlich-therapeutischen und humanitären Gründen kann hier nicht länger tatenlos zugesehen werden. Gerade Nürnberg, die „Stadt der Menschenrechte“ sollte hier ein Zeichen setzen.

Wir stellen daher zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet über die (trauma)therapeutische Versorgung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Nürnberg.
2. Die Verwaltung stellt dar, welche personellen Kapazitäten zur Verfügung stehen müssen, um dem steigenden Bedarf nach Therapie gerecht zu werden?
3. Wir fordern den Aufbau eines Integrativen traumatherapeutischen Kompetenzzentrums für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung und einer darin implementierten therapeutischen Versorgungseinheit für umF mit eigenem Sozialdienst und organisiertem Dolmetschernetz in der Form eines Medizinischen Versorgungszentrums, das die Schnittstellenfunktion zwischen ambulantem und stationärem Raum am ehesten realisiert. Die Verwaltung stellt dar, wie die Stadt Nürnberg bzw. das Klinikum Nürnberg unterstützend tätig werden kann.
4. Das Projekt ist von einer wissenschaftlichen Evaluation zu begleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christiane Alberternst

Utz W. Ulrich